

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreihaus monatlich 80 M., Einzelverkaufspreis 4,00 M., Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 12,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 M., Reklamen 45,00 M., Beilagengebühr 1000 Stk., 225 M., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46, Fernruf: 926.



Lübecker Volksbote

Nummer 226.

Mittwoch, 27. September 1922.

29. Jahrgang.

Die Ernährungskatastrophe.

Wit der Abhilfe unserer Ernährungsnot haben sich in der letzten Zeit viele Organisationen und Ministerkonferenzen befleißigt, ohne daß auch nur das geringste geändert worden wäre. Im Gegenteil, es ist noch schlimmer geworden. Überall, wo man glaubt, die Quelle der übermäßigen Verteuerung gefunden zu haben, tört einem der Ableugnungsversuch entgegen. Der Zustand unserer gegenwärtigen Ernährungsnot ist aber so gräßlich, daß endlich fest zugegriffen werden muß. Das sieht man denn auch an maßgebenden Stellen allmählich ein. Auch der preussische Landesgesundheitsrat sieht sich veranlaßt, Stellung zu der unhaltbaren Lage zu nehmen und über Abhilfe zu beratschlagen. Aus dem bekanntgegebenen Beratungspunkt ist zu ersehen, wie schwierig unsere Ernährungslage geworden ist. Wir stehen mitten vor einer Katastrophe. Es muß aber betont werden, daß ein eigentlicher Mangel an Lebensmitteln nicht vorhanden ist. Wir haben eine Obst-, Gemüse- und Kartoffelernte zu verzeichnen wie selten einmal. Auch an Schlachtvieh herrscht kein Mangel.

Was es aber der Mehrheit der Bevölkerung unmöglich macht, sich die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen, das sind die unerhöht hohen Preise, die für Lebensmittel seit Wochen gefordert werden.

An diesem enormen Anstieg der Preise ist noch allgemein feststehendes Urteil lediglich der Käufer der Agrarier und eines maßgebenden Teiles des gewinnfähigen Händlertums schuld, die vom Dollartumel erfasst sind und die Preise nicht mehr nach den wirklichen Produktionskosten, sondern nach der Börsennotierung berechnen.

Die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Festbesoldeten, die schon immer weit hinter den Kosten der minimalsten Lebenshaltung zurückblieben, sind durch die letzte Teuerungswelle meilenweit hinter dem Existenzminimum zurückgeblieben. Und diese Teuerungswelle rast weiter, macht den Abstand zwischen Einkommen und Lebenshaltung immer größer. Wir konnten auch das traurige Schauspiel beobachten, daß die Preise wohl das Kennen des Dollars mitmachen, als er auf 2600 Mark emporkletterte. Nachdem der Dollar aber wieder auf etwa 1400 Mark zurückgegangen ist, sind die Preise nicht etwa fallen geblieben, geschweige denn gar zurückgegangen. Sie kletterten vielmehr weiter in die Höhe und nirgend sind Anzeichen eines Stillstandes zu bemerken.

Die zwangsläufige Folge dieser wucherischen Preispolitik muß sein, daß überall da, wo nicht mindestens ein in die Zehntausende gehendes Monatseinkommen vorhanden ist, der Lebensmittelkonsum immer mehr zurückgeht. Fleisch und Fett sind heute Luxusgegenstände geworden; sie kommen in den Haushaltungen der Lohn- und Gehaltsempfänger immer seltener auf den Tisch, von den Tischen der Renteneinpfänger sind sie längst verschwunden. So kommen wir, obwohl an Lebensmitteln kein Mangel herrscht, immer mehr der Zeit der schlimmsten Kriegsernährung näher. Damals gingen die Menschen zugrunde, weil zu wenig Lebensmittel vorhanden waren, heute drohen sie dahin zu sterben, weil sie die Kosten für die reichlich vorhandenen Lebensmittel nicht erschwingen können. Damals führte der Lebensmittelmangel zum Hungertod, heute ist es die wucherische Preispolitik, die Hunderttausende dem Hunger und dem Siechtum preisgibt.

Schon mehren sich die Nachrichten von ärztlicher Seite, daß die durch Unterernährung hervorgerufenen Krankheiten, wie sie uns die Kriegszeit gebracht hatte, wieder in schreckenerregender Weise anwachsen. Diese Tatsache hat auch, wie oben angebeutet, den preussischen Landesgesundheitsrat veranlaßt zur Ernährungsfrage Stellung zu nehmen. Sein Zusammentreten ist ein warnendes Signal. Außer ein paar gut gemeinten Ratsschlägen ist von seiner Tagung freilich nichts zu erwarten, was die Not irgendwie lindern könnte. Dazu ist vielmehr erforderlich, daß der Feind in eigenen Lande, der wirkliche und gefährlichste Feind — der Wucher — erbarmungslos niedergelämpft wird. Zu diesem Kampfe muß sich jeder bereit machen, dem sein und seiner Familie Schicksal am Herzen liegt.

Mit der simplen Redensart, daß der Versailler Vertrag die Allieierten an der Preissteigerung habe, und die die Rechtsprelle im Interesse ihrer Gewinnungsgewissen so gern propagiert, soll nur der Blick von den Verteuerten im Lande abgelenkt werden. Geradezu töricht nimmt sich deshalb das Vorgehen Hamburger Kaufleute aus, die in allen Geschäftskreisen Plakate anleben wollen, die als Grund der Verteuerung das Diktat von Versailles verkünden. Man will, so berichtet der „Hamb. Korresp.“, durch diese „Aufklärung“ erreichen, daß der bewährlichen Verschärfung der Gegenstände, die durch die irrtümliche Auffassung über die Schuld an der Teuerung entstanden ist, wirksam entgegen gearbeitet wird. Es sei daher dringend zu wünschen, daß die an den betreffenden Stellen angebotenen kleinen Plakate, wie sie schon bei der Bewegung gegen die Fremdwörter und den Kauf von Feindhandwaren sich vorzüglich bewährt haben, willig gekauft und sichtbar angebracht werden.“ Sinter dem Mahnwort stehen der reaktionäre Bürgerbund und die Deutschnationalen. Das sagt genug. Die Vereinten bewegen sich

ihrer einseitigen Beweisführung eine Auffachlung des chauvinistischen Gedankens.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die deutschmonarchistische Agrarier die Haupt Urheber der Verteuerung sind, dann wird er durch eine Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ gegeben. Danach soll sich Reichsernährungsminister Professor Dr. Fehr auf einer Landesvorstandssitzung seiner Partei, des Bayerischen Bauernbundes, dahin geäußert haben, „wenn er nicht in Berlin bei der entscheidenden Sitzung für den Preis des Umlagegetreides mindestens 33 bis 35 Prozent des Marktpreises durchsetze, werde er morgen nicht mehr Reichsernährungsminister sein.“ An amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß der Minister sich nicht in dieser schroffen Form geäußert habe. Nach anderen Informationen denkt er aber auch nicht daran, von seinen Plänen über die Erhöhung des Umlagegetreides abzugehen. Es besteht immerhin die Möglichkeit, daß sich aus dieser Angelegenheit Komplikationen ergeben.

Die für den Beginn dieser Woche geplanten Beratungen des Reichskabinetts über die Ernährungslage und die

Festsetzung bzw. Erhöhung des Umlagepreises haben auch am Dienstag noch nicht begonnen. Die Kabinettsitzung wurde abermals vertagt. Ihren Grund dürfte die Hinausschiebung der Beratungen darin haben, daß nicht alle Reichsminister in Berlin anwesend sind.

Auf der Reichskonferenz der demokratischen Minister entwickelte der Ministerpräsident von Oldenburg, Tanzen, einen Plan über die Erhebung einer Naturalwertrente. Der Land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz wird je nach Qualität des Bodens in Klassen eingeteilt und jede Klasse verpflichtet zur Ablieferung einer nach Hektar bestimmten festen Naturalmenge. Die Veranlagung der Naturalmenge, an deren Ertrag das Reich, die Länder und die Gemeinden beteiligt sein sollen, solle erfolgen ohne Rücksicht auf die Art der Bewirtschaftung und auf die Tätigkeit des Bewirtschafters. Diese Abgabe hat zur Folge, daß jeder Bewirtschaftler alle über den Ertrag der festen Abgabe hinausgehenden Erträge ungeschmälert für sich beanspruchen könne. Das bedeute stärkste Anregung zur Förderung der Erzeugung. Der Vorschlag wurde von den Ministern einstimmig begrüßt und wird einer eingehenden Bearbeitung unterzogen.

Die Orientwirren.

Die großkapitalistische Ententepresse und die internationalen Telegraphenagenturen schiden über die Vorgänge in der Türkei und auf dem Balkan eine Armmenge Telegramme in die Welt, aus denen ein klares Bild nicht ersichtlich ist. Die Nachrichten sind je nach den Landesinteressen gefärbt. Einen breiten Raum nehmen die Nachrichten über die Entente-Note ein. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ unterstreicht den stellenweise vagen Charakter der alliierten Note an die Türkei, deren Entwurf der vermittelnden Tätigkeit des Grafen Esforja zu danken sei. Die Enttäuschung in Südslawien sei sehr groß. Auf der kommenden Orientkonferenz, die nach neuesten Meldungen am 16. Oktober in Benedikt abgehalten werden soll, werden nicht nur Großbritannien, sondern das britische Reich als Ganzes vertreten sein. Nicht übersehen werden darf die Stimmungsmache, die — im Gegensatz zu den amtlichen Zusicherungen in der alliierten Note — gegen den Eintritt der Türkei in den Weltkrieg gemacht wird.

Die Reuter berichtet, daß die türkischen Kavalleriestreitkräfte, die sich aus Brest in der Tschanak-Zone unter dem Schutze einer weißen Flagge zurückgezogen hatten, wieder in vermehrter Stärke von schätzungsweise 2000 Mann zurückgezogen sind. Auch diese Truppen sind auf Befehl des Oberkommandos wieder zurückgezogen worden.

Annahme der Alliierten-Note durch die Türkei.

II. London, 27. September. Der kemalistische Vertreter in Konstantinopel erklärte, daß die Note der Alliierten als Grundlage von Verhandlungen von den Türken angenommen wurde. Bei der Behandlung der Meerengenfrage müßten alle Randstaaten des Schwarzen Meeres beteiligt sein, also auch Rußland, die Ukraine, Georgien und Bulgarien. Die von den Oberkommandos geführten Versuche, Waffenstillstandsverhandlungen herbeizuführen, sollen unter Beteiligung Kemal Paschas in den nächsten Tagen in Marasra begonnen werden.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ wurde Montag nachmittags die Konferenz der Alliierten Oberkommissare zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen den Türken und Griechen eröffnet. Der amerikanische Kommandant Britton wohnte ihr als Beobachter bei. Die Konferenz werde die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten veranlassen. Zur Abhaltung von weiteren Sitzungen in Marasra werde sie sich wahrscheinlich vertagen und dort sollten dann die türkischen und griechischen Vertreter gehört werden. Es verlautet, daß die Mächte diese Regelung begrüßten.

Rücktritt der Regierung von Konstantinopel.

III. Paris, 26. September. Havas meldet aus Konstantinopel: Der Großvezir hat den kemalistischen Vertreter davon in Kenntnis gesetzt, daß die Konstantinopeler Regierung der von Angora nicht weiter im Wege stehen wollte, und daß ihre Mitglieder bereit seien, sich zurückzuziehen. — Die türkischen Agitatoren, die bis jetzt für Kemal Pascha gewirkt haben, sollen jetzt in holländische Dienste getreten sein. Ebenso regen sich die zaristischen Russen, die in Konstantinopel in großer Zahl vertreten sind.

Eine Note Sowjetrußlands.

IV. Moskau, 26. September. Der Kommissar im Kommissariat für Auswärtiges hat an die englische Regierung eine Note gerichtet, in der es heißt, daß die drohende Zuspitzung in der Orientfrage eine sofortige, friedliche Intervention erfordere, um die Ereignisse auf einen Herd zu beschränken und den Südpolen Europas vor einem neuen Übergehen zu bewahren. Die russische Regierung erkläre den Zeitpunkt in der Frage des Orients lediglich in der Anerkennung des türkischen Reichs und der unantastbaren Souveränität der Türkei über die türkischen Gebiete und hauptsächlich über die Hauptstadt Konstantinopel und über die Meerengen. Die Weltmächte und besonders unter ihnen England weigerten sich nach wie vor diese Gebiete freizugeben und schütz-

ten die „sogenannte Freiheit der Meerengen“ vor, die sie dazu gebrauchten, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Die Freiheit der Meerengen sei eine Lebensnotwendigkeit für die dem Schwarzen Meer benachbarten Staaten, und besonders Rußlands und seiner Verbündeten, sowie für die Türkei in deren Besitz der größte Teil der Schwarzen Meerelüften ist. Im Jahre 1920 habe die Türkei in einem internationalen Vertrage die Freiheit der Meerengen unter der Voraussetzung anerkannt, daß die Verwaltung der Meerengen von den interessierten Staaten gehandhabt werde. Die offiziellen Auslassungen der Weltmächte, die sich mit dem Problem der Meerengen befassen, erkennen als interessiert an dieser Frage nur die im Weltkrieg Sieger gebliebenen Großmächte an und verweigern die Anerkennung der berechtigten Interessen Rußlands. Die Türkei wird jedoch lediglich als Verhandlungsgegenstand betrachtet. Die russische Regierung muß in entschiedener Form gegen die Annahme der eigentlichen Rechte Rußlands protestieren. Die Weltmächte haben im Laufe der Geschichte Rußland in der Orientfrage und in allen internationalen Verträgen über diese Frage die erste Stelle angewiesen. Diese Anerkennung der russischen Interessen ging sogar soweit, daß die Regierungen der Entente im Jahre 1916 sich dem zaristischen Rußland gegenüber verpflichteten, ihm durch einen Sondervertrag die Meerengen und Konstantinopel zu überlassen. Die Sowjetregierung hält es für nicht in ihren Interessen liegend, einen Teil des türkischen Volkes zu absorbieren und aus diesem Grunde hat sie die früheren Verträge der zaristischen Regierung annulliert. Die Sowjetregierung wiederholt nochmals ihre Erwählung, wonach Rußland keine Entscheidung annehmen und anerkennen kann, die ohne seine Mitbestimmung und gegen seine berechtigten Interessen gefällt werden wird.

Die Völkerverversammlung.

trat Dienstag vormittags in die Besprechung der Anträge der Abrüstungskommission ein. Lord Robert Cecil berichtete namens der Kommission, Socialo-Italien stimmte den Anträgen zu. Jouvenel-Franckreich feierte in einer mit starkem Beifall aufgenommenen Rede die Verdienste, die Frankreich sich im Weltkrieg um die Kultur erworben habe, und erinnerte an die Invasion in Belgien durch Deutschland und in Polen durch Rußland. Er forderte, daß die Mächte sich und die Schwachen durch ein besonderes Garantieabkommen vor neuen Invasionen durch abenteuerverfüge und imperialistische Regierungen schützen. Gleichzeitig aber müsse der Gedanke der allgemeinen Garantieverträge neue Methoden in die Beziehungen zwischen den Völkern tragen, da man sich am besten nicht nur vor künftigen Invasionen schützen, sondern vor allem die Spuren der letzten Invasion auslöschen müsse. Diesem Zwecke sollten die Resolutionen über eine gemeinschaftliche Lösung der Reparations-schulden und der alliierten Schulden dienen. Die Rede war im Tone bedeutend schärfer, als Jouvenels letzte Rede in der Kommission und erhielt wiederholt direkte Spize gegen Deutschland und Rußland. Sie wirkte auf fast alle Teilnehmer sensationell, rief aber auch auf einigen Bänken sichtbare Enttäuschung hervor. Die Debatte wird fortgesetzt.

Nach ihm sprach der englische Delegierte Fisher, der zur Reparationsfrage erklärte, Frankreich habe ein Recht auf Reparationen und Deutschland zur Zahlung verpflichtet. Er appellierte an die Mitarbeit Deutschlands und betonte, daß ohne die Lösung dieses Problems die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und die Durchführung der Abrüstung nicht möglich sei.

Ein montenegrinischer Staatsstreich.

V. Rom, 27. September. In Rom ereignete sich ein kleiner montenegrinischer Staatsstreich. Der frühere montenegrinische Ministerpräsident Planina besetzte mit 20 bewaffneten Montenegrinern das Generalkonsulat, erklärte die Königin Milena für abgesetzt und proklamierte sich selbst zum Ministerpräsidenten von Montenegro. Die Königin protestierte energisch und erklärte, daß ihre Dynastie nicht abdanken werde.

Uebergabe der Schatzwechsel.

WVB. Paris, 26. September.

Oberregierungsrat von Dorchon von der Kriegslastkommission hat heute der Reparationskommission gemäss der Entscheidung...

Das Bemelmans-Abkommen in Kraft.

Die am 2. Juni zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission über die Ausführung der im Friedensvertrag übernommenen Leistungen getroffene Vereinbarung...

Die Finanzhilfe für Oesterreich.

Wie Genfer Blätter erfahren, ist der Zahlungsplan für die Finanzhilfe für Oesterreich derart aufgebaut, dass England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei je 20% der von den Banken gewährten Anleihe garantieren...

Die Krise in Griechenland.

WVB. Paris, 26. September.

Nach einer Havasmeldung aus Athen sind die letzten Sitzungen des Kabinetts ziemlich bewegt verlaufen. Schließlich hätten sich die Minister geeinigt, bei Venizelos durch einen seiner Verwandten anzusprechen...

Deutsche Gefangene in Frankreich.

In Frankreich befinden sich immer noch deutsche Kriegsgefangene, die in der Gefangenenshaft begangene Verbrechen mit zum Teil sehr langen Gefängnisstrafen büßen sollen. Nach den letzten Feststellungen werden noch 27 Deutsche in Toulon zurückgehalten...

Vorgänge in der Reichswehr.

In der 'M. a. W.' werden skandalöse Vorgänge bei dem in Würzburg stationierten Reichsmehrtruppenteil geschildert. So hat am 23. März 22 ein Bataillonsbefehl zum Zweck eines Vortrages über 'Das Leben im Hause Doorn'...

vom Reichswehrministerium erfahren, ist diese Schilderung, die dem 'Göttinger Volksblatt' entstammt, zum Teil zutreffend. Gegen den verantwortlichen Kommandeur ist bereits eingeschritten worden...

Die Berliner 'rote Fahne' berichtete am Montag abend über Meutereien der Reichsmehrtruppen in der Festung Qbzhen. Wie dem SPD-Dienst aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt wird, entspricht der Bericht zum Teil den Tatsachen...

Von milden Kartoffellaufkäufern wird jetzt wieder in der Presse berichtet: So kommen besonders aus Süddeutschland Hochbothschaften über Betriebsräte, die ausgerüstet mit viel Geld, von den westlichen Industriegebieten kämen...

Kommunistische Charakterlosigkeit.

Ein Wittgejuch an die Reichswehr.

Die Kommunisten sehen nach der vollzogenen Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ihre Rolle davonschwimmen. Sie wissen, daß sie jetzt ihre letzten Hoffnungen begraben müssen, daß die Bruckler, von neuem Mut befeuert...

In ihrem blinden Eifer gegen die vereinigte Sozialdemokratie wollten sich die SPD-Leute aber nicht lassen. Sie haben nun ein großes Plakat zeichnen lassen, das man in allen Industriestädten zu sehen bekommen wird...

ausdruck der Betriebsräte" die Vereinigung der hinter ihm stehenden Arbeiterschaft mit der Reichswehr als das erstrebenswertere Ziel. Um diese Logik zu verstehen, muß man schon kommunischnischer Unerwarteter sein...

'Nachwächter' und 'Selbhüter'.

SPD. Stettin, 26. September.

Am Antrag des Staatskommissars hat die Stettiner Kriminalpolizei am 20. September im Kreise der Sache eine Untersuchung vorgenommen, um Feststellungen über die Lagerung von Gewehrwaffen zu machen. Untersucht wurden auch die Güter der Herren v. Wedel, v. Bönin und v. Massow...

Die soz. Einigung im Preussenparlament.

Am Dienstag nachmittag traten die Vorstände der bisherigen sozialistischen Fraktionen des preussischen Landtages zu einer Besprechung zusammen, die sich mit der Frage der Vereinigung der Fraktionen beschäftigte.

Ein deutschnationaler Selbentfänger.

SPD. Am Tage der Ermordung Rathenaus brachte der Student Fleisch dem Abgeordneten Helfferich angeblich im Auftrage des südamerikanischen Deutschen Kriegerbundes einen Blumenkranz...

Die einträglichen Erinnerungen.

Der Verleger Wilhelm H. veröffentlicht eine Erklärung, in der er zu den Gerüchten über die hohen Verdienste Wilhelm's bekanntgibt, jener habe ein seiner Persönlichkeit angemessenes Honorar erhalten und habe es zu großem Teil wohlthätigen Stiftungen zugewiesen.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Ariar Sidler. 18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Hans stieg einen Jubellaut aus. 'Dort ist er!' rief er und öffnete das Rupeestück. Rudi war neben ihm, und sie sahen im blauen Dunst des Horizontes die Tanne des Kaiser-Domes. Sie hatten bereits Wilhelm hinter sich und näherten sich dem Meer...

adler aus den Armen. Hinter dem Abgitter blühten Gold und Silber, keiner allerdings mehr als nur mit dem süßlichen Duft des Weintraubens, der durch das einfallende Licht seine Schwaden zog. Der Fremde mußte viel zu erzählen, er tat es nicht leidend, durchschritt vielmehr die alten Legenden und Berichte mit dem Humor einer Satire...

„So geht zu Josef Imhoff am Berggraben, dort findet ihr bestimmt ein gutes Unterkommen. Vielleicht treffen wir uns in der Gaststube, ich bin heute abend bestimmt dort. Servus!“ Rudi und der Fremde warteten in einiger Entfernung...

XXX.

Die Straße von Köln nach Bonn war sehr langweilig gewesen. Ein heißer Tag, Rabenfelder — milde und besänftig kamen sie um das Abendläuten in die Stadt. Ein Tränkelein, ein Fräulein und ein Betteln... murmelte Rudi vor sich hin. Am Marktplatz stellte sich breitbeinig ein junger blondler Mensch...

